

Beschluss der 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 59 A der Stadt Preetz für das Gebiet: begrenzt im Westen durch die Bahntrasse Kiel - Lübeck, im Süden durch das an den ehemaligen Ladeplatz des Bahngeländes angrenzende Gewerbegebiet und die Güterstraße, im Osten durch die Wohngrundstücke Gasstraße 18 - 28 und im Norden durch die Verkehrsflächen des ZOB mit dem angrenzenden Verbindungsstück der Güterstraße

Die Stadtvertretung hat in der Sitzung am 2. Oktober 2007 die 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 59 A der Stadt Preetz für das Gebiet: begrenzt im Westen durch die Bahntrasse Kiel - Lübeck, im Süden durch das an den ehemaligen Ladeplatz des Bahngeländes angrenzende Gewerbegebiet und die Güterstraße, im Osten durch die Wohngrundstücke Gasstraße 18 - 28 und im Norden durch die Verkehrsflächen des ZOB mit dem angrenzenden Verbindungsstück der Güterstraße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung beschlossen. Dies wird hiermit bekannt gemacht.

Der Bebauungsplan tritt mit Beginn des 13. Oktober 2007 in Kraft. Alle Interessierten können den Bebauungsplan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung dazu von diesem Tage an im Bauamt der Stadt Preetz, Zimmer 12/13, Bahnhofstraße 27, 24211 Preetz, während der Sprechstunden einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten.

Beachtliche Verletzungen der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie der in § 214 Abs. 2 BauGB bezeichneten Vorschriften werden unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Preetz geltend gemacht worden sind. Dasselbe gilt für die nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlichen Mängel des Abwägungsvorgangs. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe durch diesen Bebauungsplan in eine bisher zulässige Nutzung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Unbeachtlich ist ferner eine Verletzung der in § 4 Abs. 3 GO bezeichneten landesrechtlichen Formvorschriften über die Ausfertigung und Bekanntmachung der Bebauungsplan-Satzung sowie eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Stadt Preetz unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die die Verletzung ergibt, geltend gemacht worden ist.

Preetz, den 4. Oktober 2007

L.S.

Stadt Preetz
Wolfgang Schneider
Bürgermeister